# ROTE KOMMENTARE

HERAUSGEBER: BETRIEBSPROJEKTGRUPPE DES SDS
HEIDELBERG
DRUCK: JOCHEN NOTH, HEIDELBERG

10.12.69

# Vietnam Demonstration Sa 14-30 Uhr

## Karls-Platz

# Sprecher der Black Panther Partei ,USA

## Sa 20 Uhr Neue Universität

Es ist bekannt geworden, daß in Südvietnam , in My Lai, ein paar hundert Frauen, Kinder und alte Leute abgeschlachtet wurden. Die Presse tut als sei das etwas völlig neues. Wir wundern uns darüber, daß sich überhaupt noch jemand über die Verbrechen und Massenmorde der Amerikaner in Vietnam wundert.

Seit Jahren weiß man, daß
- die Amerikaner das ganze Land mit ihrer strategischen Luftwaffe (B52) systematisch mit Bomben belegen;
- jeder Fleck, an dem der Feind vermutet wird, mit Napalm-Brandbomben beschossen wird;
- 90% der getöteten angeblichen kommunistischen Soldaten vietnamesische Bauern, Männer ,Frauen und Kinder sind;
- seit Jahren der nordvietnamesische Rundfunk ähnliche Massaker unwidersprochen meldet;
- Millionen von Südvietnamesen von ihrem Land vertrieben, in Lagern und KZ-ähnlichen sogen. Wehrdörfern zusammengepfercht werden.

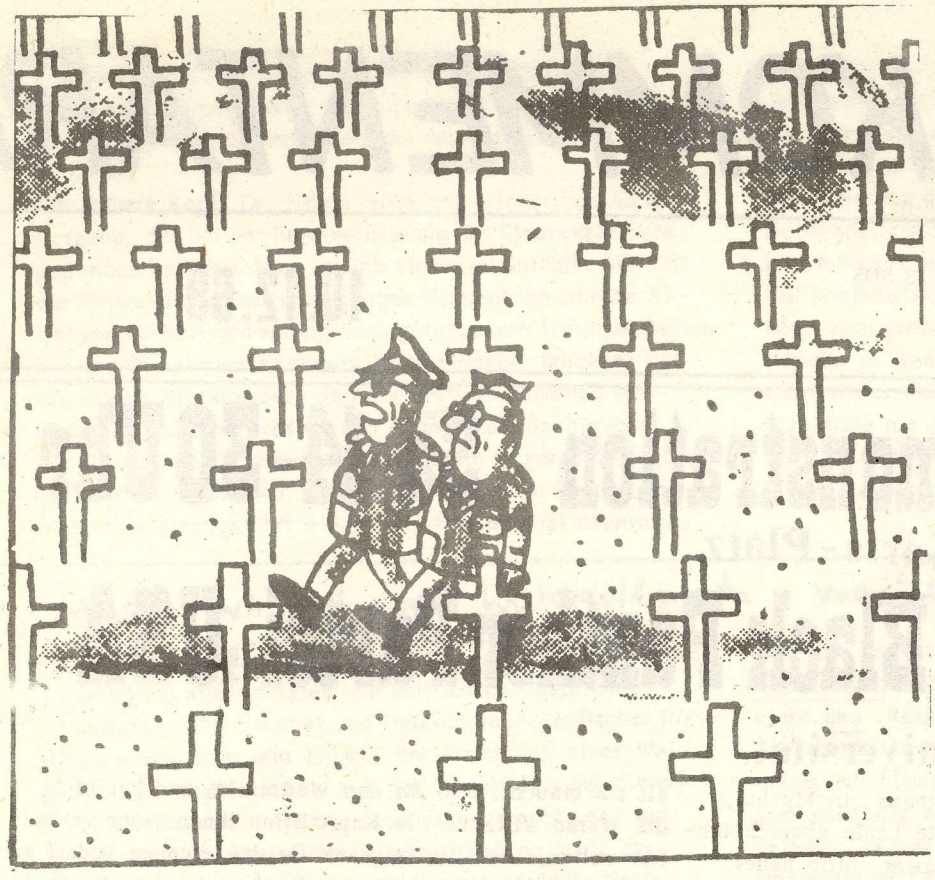
Was ist der Zweck solcher Brutalitäten?

Diese Brutalitäten sind nicht der Ausdruck persönlicher Grausamkeit einzelner Amerikaner , oder der Gangstermentalität des amerikanischen Volkes. Sie sind "normale" Methoden des Kapitalismus bei der Errichtung seiner Herrschaft über die Völker der Welt. Diese Herrschaft heißt Imperialismus. Um die Profite, die die Kapitalisten durch die Ausbeutung der Arbeitskraft der einheimischen Arbeiter und Angestellten gewinnen, verwirklichen und vergrössern zu können, müssen sie sich immer mehr Völker und Länder unterwerfen, die sie als Absatzmarkt für ihre Produkte gebrauchen und deren einheimische Produktion sie dann in ihr eigenes Absatzsystem (Markt) einbeziehen, um damit noch größere Profite zu machen.

Weil aber in den meisten Ländern der dritten Welt, in denen der Kapitalismus sich auszubreiten versucht, die Bevölkerung gar nicht daran denkt, mehr zu produzieren als sie braucht, also für den Weltmarkt, und gar nicht die Waren will, die die Kapitalisten ihnen teuer verkaufen wollen, und die im Land für den eigenen Bedarf ausreichend produziert wurden, verbünden sich die Kapitalisten - wie in Vietnam - mit den Teilen der einheimischen Bevölkerung, die von der Ausbeutung und Unterdrückung der Bauern profitieren. In Vietnam waren das das Handelsbürgertum in der Stadt und die Großgrundbesitzer.

Als nach der Vertreibung der Franzosen 1954 das von den Amerikanern gestützte Diem-Regime durch hohe Steuern und Pachten, Landvertreibung und Gewalt die Bevölkerung zwingen wollte, sich den Interessen der Imperialisten zu unterwerfen, erhoben die vietnamesischen Bauern die Waffen, mit denen sie vorher schon ihr Recht gegen die Franzosen durchgesetzt hatten. Die Amerikaner erklärten die aufständischen Bauern zu ausländischen kommunistischen Aggressoren, die die rechtmäßige (weil den US-Interessen dienende) Regierung stürzen wollten. Und sie sandten hunderttausende von Soldaten nach Vietnam, die die einzigen waren, die wirklich hinter der südvietnamesischen Marionettenregierung standen.

Weil es aber keine ausländischen Truppen sind, gegen die die Amerikaner in Vietnam kämpfen, sondern die ganze Bauernbevölkerung, reicht es nicht, die feindlichen Regimenter militärisch zu schlagen, sondern die ganze Bevölkerung muß mit Gewalt, durch Mord, Terror und Vertreibung daran gehindert werden, über ihr Land überhaupt noch nach eigenen Bedürfnissen verfügen zu können. Die Grundlage der vietnamesischen Wirtschaft, der Reisanbau, der in den meisten Gegenden kollektiv betrieben wird, muß also zerstört werden. Wenn die Bauern den Reis, von dem sie bisher gelebt haben, nicht mehr selber herstellen können, sind sie gezwungen, ihn zu den Bedingungen, die den Kapitalisten passen, von den Kapitalisten abzunehmen. Sogen. Dschungel-Entlaubungsmittel dienen deshalb vor allem der Vernichtung der Ernte und der Zerstörung des Bodens.



**Amis raus aus Vietnam - Amis raus aus Westdeutschland !**

Mittwoch, 10.12 : Vietnam-Filme
Donnerstag, 11.12: Kuba-Film
Freitag, 12. 12.: Vietnam-Teach-in
Alles jeweils 20 uhr in der Neuen Universität, Heidelberg

**„Irgendwo hier ist die Johnson-Politik zu Ende und wird von der Nixon-Politik abgelöst . . ." (aus: Morning Star)**

1963 noch reichte die südvietnamesische Reisproduktion aus, um 300 000 Tonnen zu exportieren; schon 1966 mußten 400 000 Tonnen importiert werden. Napalm, Massenmord, KZs sollen also nicht einen kommunistischen Angriff von außen abwehren, sondern der vietnamesischen Bevölkerung das Kreuz brechen.

Diese Rechnung geht nicht auf. Auf der Grundlage ihrer gemeinschaftlichen Produktionsweise in den Dörfern und unter Führung einer politischen und militärischen Organisation, der Nationalen Befreiungsfront FNL, haben die Vietnamesen den Kampf so organisiert, daß sie nur durch die totale Ausrottung besiegt werden können.

Das vietnamesische Volk hat die amerikanische Aggression mit dem Volkskrieg beantwortet. Unter der Führung der FNL werden alle Kräfte so organisiert, daß das ganze Volk an der bewaffneten Verteidigung, an der gemeinsamen Versorgung der Bewaffneten und der Bevölkerung und an der gesellschaftlichen Weiterentwicklung (Alphabetisierung, Gesundheitswesen, kleine Industrie, Demokratisierung) beteiligt wird. Mitten im Krieg wird in Vietnam der Sozialismus durch die Beteiligung aller am Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und die herrschenden Klassen, die ihm dienen, eingeführt. Der Volkskrieg macht das vietnamesische Volk unbesiegbar.

Das alles ist seit Jahren bekannt.
Warum erhebt die bürgerliche Presse jetzt so ein großes Geschrei über die Massaker in Vietnam?

Immer größere Teile der amerikanischen Kapitalistenklasse sehen ein, daß mit diesem Krieg kein Geschäft mehr zu machen ist. Jahrelang haben sie auf Kosten der Staatskasse, d. h. auf Kosten der Steuerzahler, riesenhafte Profite mit dem Kriegsgeschäft gemacht. Jetzt sind sie daran nicht mehr so sehr interessiert, weil sie die gewaltigen Summen die sie angehäuft haben, im Geschäft mit diesem Krieg nicht mehr anlegen können. Der vietnamesische Krieg kann nicht mehr wesentlich ausgeweitet werden, d. h., daß keine großen Staatsaufträge zur Ausweitung der Produktion mehr kommen. Viele amerikanische Kapitalisten sind jetzt für den Frieden in Vietnam, um neue Staatsaufträge zu kriegen, z. B. in der enorm teuren Weltraum- und Raketenproduktion, deren Entwicklung durch die Kriegskosten in Vietnam behindert wird, vor allem aber um das Geschäft endlich zu machen, das dieser jetzt zu lange dauernde Krieg eigentlich nur einleiten sollte: das Geschäft mit dem Wiederaufbau des total zerstörten vietnamesischen Landes, mit "Entwicklungshilfe" und Staatskrediten. Die schwedische Regierung ist mit gutem Beispiel vorangegangen, sie hofft durch das Anbieten von Hilfe an Nordvietnam, möglichst früh in das große Nachkriegsgeschäft einzusteigen. Ähnliche Hoffnungen hegen wahrscheinlich die bürgerlichen englischen Zeitungen und furchtbar empörten Politiker, die die Amerikaner wegen MyLai laut anklagen, nachdem sie ihre Politik lange leise unterstützt haben.

Zwar hat die amerikanische Regierung in den Pariser Verhandlungen und mit der Parole von der "Vietnamisierung" des Kriegs selbst schon Rückzugsmöglichkeiten gesucht, die es ermöglichen, einen Fuß in der Tür zu lassen, damit das amerikanische Kaplital durch diesen Spalt auch dann noch fließen kann, wenn die amerikanischen Truppen abgezogen sind; aber den schlauesten unter den amerikanischen Ka-

italisten geht es nicht schnell genug: Sie versuchen Druck auszuüben, indem sie gerade jetzt die Verbrechen anklagend in ihren Zeitungen veröffentlichen, für die sie selber verantwortlich sind.

Sie versuchen auch, die Kriegsmüdigkeit und den Zorn der amerikanischen Massen über die Kriegsopfer, die steigenden Steuern und Preise und die vom Krieg, durch das permanente Vernichten von Gütern, herbeigeführte Geldentwertung für sich auszunutzen und unterstützen die Anti-Kriegs-Bewegung in den USA.

Dem vietnamesischen Volk kann das nur recht sein. Es ist stark genug, dafür zu sorgen, daß nach dem Krieg die Amerikaner nicht mehr ihren verheerenden Einfluß ausüben können, wie nach der Vertreibung der Franzosen in Südvietnam. Jeder Druck auf die amerikanische Regierung zur Beendigung des Krieges in Vietnam dient der Sache des Vietnamesischen Volkes. Auch die Demonstration am 13.12. in Heidelberg ist in diesem Zusammenhang zu sehen.

Solidarität mit den Black Panthers !

Auch wenn es jetzt so aussieht, als ob amerikanische Kapitalisten im Augenblick mit uns an einem Strang ziehen, dürfen wir nicht vergessen, daß sie dabei nur ihr Geschäft im Auge haben und nach wie vor bereit sind, jedes Verbrechen zu begehen, damit die Geschäfte laufen. Jedermann weiß, daß z. B. deutsche Kapitalisten jederzeit bereit sind, auf streikende Arbeiter oder eine radikale Opposition wieder zu schießen, wie schon am Ende des 1. Weltkriegs oder Anfang der 30ger Jahre, wenn sie es sich nur leisten können. Die Notstandsgesetze sind eigens dafür gemacht. Die amerikanischen Kapitalisten sind nicht anders. Während sie die Friedensbewegung unterstützen, weil das gerade dem Geschäft nützt, versuchen sie gleichzeitig, den radikalsten Teil der amerikanischen Opposition brutal zu liquidieren, weil der alle kapitalistischen Geschäfte dauerhaft verderben könnte.

Heute gibt es keinen Führer der Black-Panther-Bewegung mehr, der nicht im Gefängnis säße. Die meisten sind ermordet worden. Erst am 4. Dezember wurde der Führer der Black-Panther-Bewegung in Chicago von Polizisten im Schlaf umgebracht.

Die Black-Panther-Party ist keine Organisation, die nur für die Gleichstellung der schwarzen Amerikaner Kämpft. Sie weiß, daß die Schwarzen nur der unterdrückteste Teil des amerikanischen Proletariats sind, die als Gemeinschaft am untersten Ende der amerikanischen Gesellschaft ebenso brutal den Bedürfnissen des Kapitalismus unterworfen werden, wie die Völker der 3. Welt, ohne daß ihr Existenzminimum gesichert ist. Die Black-Panther-Bewegung hat daher am militantesten den anti-imperialistischen Kampf der Vietnamesen unterstützt und sie kämpft gleichzeitig im Innern Amerikas für die Befreiung aller Amerikaner und die Zerschlagung der Herrschaft der Kapitalisten über Weiße und Schwarze. Unter ihrem Einfluß haben sich auch zahlreiche weiße Amerikaner zu organisieren begonnen. Ebenso wie in Vietnam richten sich die Gewaltakte der herrschenden Klasse in den USA selber gegen alle Kräfte, die dem Kapitalismus erfolgreich Widerstand leisten. Unser Protest gegen die amerikanischen Verbrechen in Vietnam und unsere Solidarität mit dem vietnamesischen Volk gelten deshalb zugleich der radikalen amerikanischen Opposition und ihrer Speerspitze, der Black-Panther-Party, die gerade jetzt gewaltsam ausgeschaltet werden soll.

NIEDER MIT DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG !

SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF ALLER UNTERDRÜCKTEN KLASSEN UND VÖLKER !

SOLIDARITÄT MIT DER VIETNAMESISCHEN BEFREIUNGSFRONT !

SOLIDARITÄT MIT DEN BLACK PANTHERS !

# Es lebe der Sieg im Volkskrieg!

## Die Strom-Gas-Wasser und Wärmepreise in Heidelberg werden "flexibel"

Der Gemeinderat hat am 10.11.69 beschlossen, die Stadtwerke Heidelberg in eine kapitalistische Aktiengesellschaft umzuwandeln. Die Begründung aller im Stadtrat hockenden Faschisten, Parteien und Persönlichkeiten war: der Vorstand einer Aktiengesellschaft könne viel beweglicher ("flexibler") sein als der Gemeinderat selbst; außerdem - so wurde frech behauptet - würde sich ohnehin nichts ändern, weil die Stadt im Besitz der Aktien bleibe. Was bedeutet diese bewegliche Unbeweglichkeit?

a) Die Preise für Strom-Gas-Wasser und Wärme werden wieder in Bewegung geraten.

b) Der Stadtrat ist nicht mehr direkt verantwortlich, weil er behaupten wird, er müsse den allgemeinen Sachzwängen der Kostenentwicklung folgen und die Vorstandsdirektoren der Aktiengesellschaft werden bestimmen, was den Verbraucher diese Sachzwänge kosten.
Mußten bisher die Gemeinderäte fürchten, durch Erhöhung der Preise bei der Wahl Stimmenverluste zu erleiden, so ist jetzt Schluß mit dieser Möglichkeit, denn die Direktoren der AG werden bekanntlich nicht vom Volk gewählt.

c) Bei den Beschäftigten der Stadtwerke wird in Zukunft durchgeforstet. Ausscheidende Kollegen werden nicht mehr ersetzt, und die Intensität der Arbeit wird gesteigert. Eine Minderheit (4 von 12) der Aufsichtsratsposten wird von Gewerkschaftsaristokraten besetzt, die zu allen kapitalistischen Maßnahmen des Vorstandes kooperationswillig das Händchen heben, weil die Sachgesetze eben so sind. Wenn sie mal diese "Sachgesetze" durchschauen sollten, wird man sie als Aussätzige behandeln und niederstimmen.

Einer der eifrigsten Verfechter der Umwandlung der Stadtwerke in ein kapitalistisches Unternehmen ist Prof. Duden (SPD). Dieser Führer der SPD im Gemeinderat ist einer der Großnutznießer des Kapitalismus. Als Wirtschaftsjurist ist er einer der Großverdiener unter

den Professoren und direkt mit den kapitalistischen Unternehmen verbunden, die er berät. Dieser ansonsten natürlich ehrenwerte Mann ist der Kopf der SPD-Fraktion.
Der frühere Kopf, Dr. Heinz Brückner, erinnert uns an den Vorgang, der bei der Reprivatisierung der Stadtwerke Pate gestanden hat. Brückner betrieb als Fraktionsführer der SPD die Verwandlung der Heidelberger Straßenbahn in eine Aktiengesellschaft und sprang nach gelungenem Werk persönlich auf den Direktorposten dieses Unternehmens. Brückner war es, der als Direktor dem Gemeinderat die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise aufgrund allgemeiner Sachgesetze vorschlug. Mit Zundel zusammen hetzte er vergeblich gegen die Rote-Punkt-Aktion. Das Manöver, das am 20. im Gemeinderat durchgeführt wurde, ist schon einmal dagewesen.

In diesem Verein sitzt kein einziger, der die Interessen der Massen wahrnimmt. CDU und SPD haben sich bereits die Vorstandsposten geteilt; die anwesenden Faschisten, Parteien und Persönlichkeiten waren einstimmig für die Reprivatisierung der Stadtwerke. Ein einziger, der Kapitalist Hoffmann, machte sich als Unternehmer wegen der Strompreise Sorgen und verbrämte seine eigennützigen Sorgen mit poujadistischen Parolen (Poujadisten = Bewegung kleinerer vom großen Kapital bedrohter Gewerbetreibender und Händler in Frankreich). Zundel (SPD) beschwichtigte den Kapitalisten Hoffmann daraufhin mit dem ehernen Satz: Man dürfe nie die soziale Problematik ganz außer Acht lassen". Nie die soziale Problematik ganz außer Acht lassen, dieses Programm Zundels muß man sich unbedingt merken.

## Müssen wir auf den Waldgolfplatz verzichten?

Schon im Gothaer Programm von 1875 erstrebte die SPD die "Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit". Dr. Fischer, SPD-Stadtrat und Unternehmer (Englisches Institut) wollte mit dem Projekt der Errichtung eines Waldgolfplatzes ernst machen mit der Verwirklichung dieses alten Grundsatzes. Fischer fand es ungerecht, daß nur die herrschende Klasse der angelsächsischen Welt das Vorrecht des aristokratischen Golfspiels genießt. Nachdem in der BRD die Angestellten bereits Kleingolf spielen, machte er sich daran, die Gleichheit der herrschenden Klasse der BRD mit der herrschenden Klasse anderer Länder herzustellen. Damit die Heidelberger Oberschicht endlich golfen könne, sollte ein Teil des Waldes oberhalb Rohrbachs abgeholzt werden..

Nachdem einige Stadtteilvereine protestiert hatten, beschloß der Gemeinderat am 20. 11., daß "forstfachliche Erwägungen" die Errichtung eines Waldgolfplatzes "in der vorgesehenen Form" nicht zuließen. Diese Gemeinderäte haben nicht den Respekt vor ihren Wählern, zu sagen, daß zu erwartende Proteste der Masse der Bevölkerung der Grund dieses Beschlusses waren. Aber dieser Beschluß ist nicht nur schleimig sondern auch windig. Es heißt nämlich: es wird "in der vorgesehenen Form" nicht verfahren. Die Heidelberger Oberschicht will sich also nicht um ihr Vergnügen bringen lassen.

Aber welche Tricks sich Fischer, Zundel und Konsorten auch einfallen lassen, man muß jetzt schon fürchten, daß im Falle der Verwirklichung des Gothaer Programms à la Dr. Fischer den Golf-Fans nicht nur Eier an die Köpfe fliegen. Das sind wir nicht nur dem Gothaer Programm der alten SPD schuldig, sondern erst recht der Kritik des Gothaer Programms von Karl Marx.

UNTER FREUNDEN
Rockefeller als Friedensbotschafter des Präsidenten Nixon im Kreise seiner Freunde in Lateinamerika.